

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Blätter und ist durch die Expedition, Neue Gasse Nr. 1/2, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, 100 Bogen 20 Bfg. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte Mf. 3.34.

Abonnementpreis beträgt für die einjährige Zeit 24 Blätter oder 24 Bogen 40 Bfg. Einzelhefte unter dem Titel „Volksmacht“ 15 Bfg. Familien-Abonnement 20 Bfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 47.

Preßlau, Freitag, den 25. Februar 1916.

27. Jahrgang.

10000 Gefangene vor Verdun.

Großes Hauptquartier, 25. Februar. (Amlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem rechten Maas-River wurden auch wieder die schon berichteten Erfolge nach verschiedenen Richtungen auswertet. Die besetzten Dörfer und die Höhe Champenelle an der Maas, Cotelettes, Marmont, Braumont, Chambré und Ernes wurden genommen, außerdem sämtliche feindliche Stellungen bis an den Louvemont-Rücken gestürmt.

Wieder waren die blutigen Verluste des Feindes außerordentlich schwer, die unsrigen blieben erträglich. Die Zahl der Gefangenen ist um mehr als 7000 auf über 10.000 gestiegen. Ueber die Beute an Material lassen sich noch keine Angaben machen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

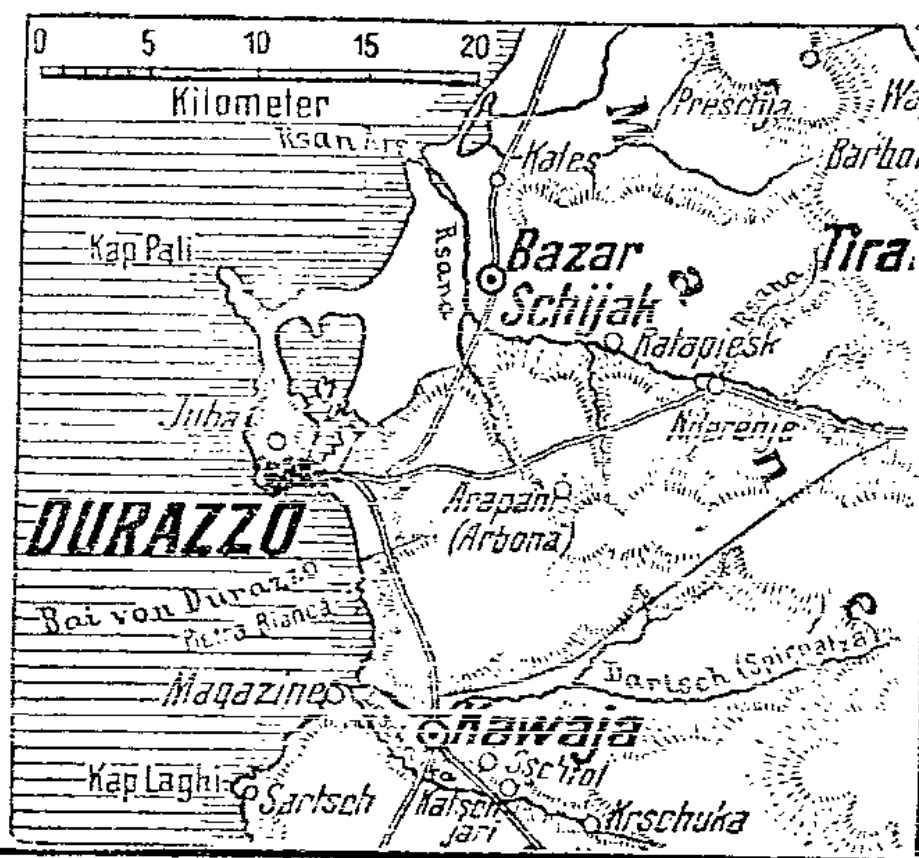
Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Durazzo.

Der Gürtel um Durazzo zieht sich immer enger. Zwischen der letzten nördlichen Landstation Baratzjaj und dem auf der Lagune gelegenen und dadurch natürlich geschützten Durazzo hat eine Schlacht stattgefunden, die mit der Niederlage der Italiener endete. Ihre Brigade Savona wurde aus der Hauptstellung geworfen und gleichzeitig auch von Süden her die äußeren Verteidigungsstellungen gestürmt, so daß sich die Verteidiger Durazzos, zu denen auch die albanischen Stadtleute gehören, in den inneren Verteidigungsstellungen zurückzogen. In einem Bericht über den konstantinopelischen Angriff heißt es: In der Morgenfrühe des Mittwochs legte der allgemeine Angriff ein. Rings um Durazzo begann die Artillerie, die auf den schweren Bädern erstaunlich reich in Stellung gebracht worden war, ein heftiges Feuer gegen den Höhenrücken. Während es Infanterie-Abteilungen gelang, den Gegner aus den Vorstellungen nördlich Baratzjaj zu werfen, überschüttete die gegen den unteren Ufer heranz-

geschobene Artillerie die noch das Südufer haltenden Italiener mit einem heftigen Geschosshagel, daß diese die Uebersehung des Flusses nicht mehr zu verhindern vermochten. Auf Balkan gingen die wackeren Truppen über den Ufer, überboten seine Ufer und rückten gegen Süden



weiter. Mittags kam es auch östlich Baratzjaj zu einer Entscheidung. Dort hatte sich die italienische Brigade Savona in einer gut ausgebauten Hauptposition lange tapfer zu Wehr gesetzt. Da gelang es den Angreifern, mit plötzlichem Anprall in den Graben einzuweichen. In einiger Mächtigkeiten die Uebertrumpfen. Das gleiche Schicksal erlitt die Verteidiger von Sano Bianco, zehn Kilometer südlich Durazzo. Auch ihre Stellung wurde erobert und in ersten Besitz genommen. Nordwärts war der ganze äußere Gürtel eingedrückt und durchbrochen und der Gegner im Abzug auf den inneren Ring. Es wurde dann festgestellt, daß die Italiener sich mit allen Kräften bemühten, möglichst viele Truppen zu Schiff in Sicherheit zu bringen. Der Fall von Durazzo ist damit in nächste Nähe gerückt.

Auch im „Lokalanzeiger“ heißt es: Die Italiener versuchen jetzt, so schnell wie möglich ihre Truppen einzuweichen und wegzubringen. Konzentriert bewegt sich der Angriff der Truppen vor, und die Wendung der Aktion vor Durazzo ist eine Frage der kürzesten Zeit. Esrad Paicha selbst ist bereits in Brindisi in Italien eingetroffen, hat sich also auch

in Sicherheit gebracht. Die vorletzte der albanischen Hafenschlüsse wird also bald gefallen sein, es bleibt dann nur Palona.

Das geheimnisvolle Schiff.

Ueber der „Appam“ Nr. 2, dem in Teneriffa eingetroffenen Reisendampfer „Westburn“ schwebt noch geheimnisvollerer Dunkel als über seinem Vorgänger. Der Londoner „Lands“ meldet nur aus Teneriffa: Der britische Dampfer „Westburn“ ist von der deutschen U-Bootsflotte aus dem Hafen geführt und versenkt worden. Mit dem leichten Schneid, laut der „Lokalanzeiger“, mit dem die Mannschaft der „Appam“ die Menschen von den versenkten feindlichen Schiffen nach Marrika rettete, hat die Mannschaft der „Westburn“ sie allen Gefahren trotzend, nach den Kanarischen Inseln in Sicherheit gebracht. Es muß betont werden, daß die Reise lediglich zu dem Zweck unternommen wurde, die Leiche nicht in den Wogen umkommen zu lassen. So wie diese festen Boden unter den Füßen hatten, vollendete die U-Bootsflotte das kriegerische Werk der „Möwe“. Sie fuhr wieder hinaus aus dem bergenden Hafen auf freie Meer und versenkte das Schiff, da es andernfalls vielleicht wieder hätte in Reiches Hand fallen können. So beschloßen unsere tapferen Seeleute ungleich Selbsterhaltung und Meereserhaltung.

Erst in einigen Tagen werden die so geretteten Passagiere erlöset kommen, wie es ihnen erging; wie eins nach dem anderen der englischen Schiffe von dem fliegenden Holländer angehalten wurde, seine Kohlen und seine Nahrungsmittel abgeben mußte und nach Rettung der Passagiere in den Wogen verblieb. Und nur um die Verlegung an Land zu bringen, blieb die „Westburn“ einige Tage länger auf der Oberfläche. Da sie aber schließlich doch dem meeresbeherrschenden Enkland wieder in die Hände gefallen wäre, mußte auch sie das Schicksal ihrer Vorgänger teilen. Von der „Möwe“ selbst aber fehlt weiter jede Spur!

Der Balkan-Feldzug.

Freu, 25. Februar. In einer Unterredung mit dem Berliner Botschafter der „Korrespondenz“ erklärte der serbische Minister Deschich, daß bisher 70000 serbische Soldaten nach Korin überführt worden sind.

Daß der „Korrespondenz“ in Korin überführt worden, sämtliche Bulgaren, die in den von Truppen der Alliierten besetzten Gebieten wohnen, nach Saloniki zu transportieren, um die Aufsicht über sie zu erleichtern.

Die neuen Reichssteuern.

Ueber die neuen Reichssteuern sind in den letzten Tagen wiederum allerlei Nachrichten an die Öffentlichkeit gekommen, obwohl die Beratungen des Bundesrats als besonders geheim bezeichnet worden. Es zeigt sich eben, daß es wirklich Geheimnisse in Sachen, die den Geldbeutel anrühren, nicht gibt und daß die materiellen Interessen die politischen betreffen. Unter diesen Mitteilungen über die neuen Steuern waren allerlei Kombinationen, deren Unwahrscheinlichkeit auf der Hand lag, und die man deswegen nicht besonders zu beachten braucht. Dagegen bringt die „Dägl. Rundschau“ allerlei Einzelheiten, die, soweit wir uns erinnern, durchaus der Wahrheit nahekommen. Es handelt sich danach um einen Steuerbetrag in Höhe von einer halben Milliarde Mark, der jährlich aufgebracht und als ordentliche Einnahme in den Haushalt eingestellt werden soll. Diese Einnahme soll durch die Zinsen der Kriegsanleihe zu sichern. Als durchaus unwirtschaftlich sei der Gebrauch der Zinsen der Kriegsanleihe aus deren Fonds, das heißt aus ihr selbst zu bezeichnen. Diese Gesichtspunkte wird man durchaus anerkennen können und sich freuen, daß wenigstens diesmal mit dem Enem gebrochen werden soll, die Zinsen der Schulden durch neue Schulden zu decken.

Was aber die neuen Steuervorlagen betrifft, so sollen auch nach der „Dägl. Rundschau“ zunächst Tabak und Zigaretten eine kräftige Mehrbelastung erfahren. Ferner soll der Frachtguttempel erhöht und auf den Stückgutverkehr ausgedehnt werden. Endlich plant man eine ungeduldet planmäßige Erhöhung des Briefpostos, der Telegrammgebühren und des Postschekverkehrs.

Es handelt sich also, abgesehen von Tabak und Zigaretten, gegen keine Mehrbelastung, wie man früher schon

dringend gewandt haben, im allgemeinen um neue Verkehrssteuern. Steuertechnisch ist es klar, warum die Regierung zunächst an die Belastung des Verkehrs denkt. Es handelt sich dabei um Steuererträge, die so ort und leicht fahbar sind, seiner langen Vorbereitungszeit in der Erhebung und Fixierung bedürftig. Aber wenn diese Steuern auch steuertechnisch zu begreifen sind, so sind sie sachlich um so weniger begründet und um so härter zu verwerfen. Es wäre nichts leichter, als in wirtschaftlich so schweren Zeiten noch den Verkehr zu besteuern. Im Gegenteil, es gibt kein besseres Mittel, die Einnahmen aus den Verkehrsmitteln zu erhöhen, als ihre Benutzung zu verbilligen. Die Geschichte der Verkehrsmittel hat überall von der Einführung des Benzinmotors in England bis zur Verstaatlichung der staatlichen Eisenbahnen und bis zum Postschekverkehr gezeigt, daß je billiger die Gebühren der Benutzung werden, desto stärker die Benutzung selbst wird, und damit die effizienten Erträge dieser Verkehrsmittel. Die Verteuerung des Briefpostos, der Telegrammgebühren und des Postschekverkehrs ist aber auch geizig, das Wirtschaften selbst zu schädigen. Gerade der Handelsverkehr der Massen beruht auf billigem Briefpost, auf billigem Telegramm- und Postschekverkehr. Die Erhöhung der Postschekgebühren steht deshalb so stark mit der eigenen neueren Reichsanpolitik in Widerspruch, die möglichst den barzieldlosen Verkehr unterstützen und den Strohverkehr steigern will. Diese Absicht wird natürlich so kommen illusorisch, wenn die Gebühren für den Postschekverkehr erhöht werden.

Schließlich wird mitgeteilt, daß die Kriegsgewinnsteuer dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt ist, daß sie aber nur als außerordentliche Einnahme gedacht sei, etwa wie die einmalige Vermögensabgabe des Wehrbeitrages.

Die Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer sollen zur Abtragung der Reichsschulden verwendet werden, und nach dem Krieg soll eine neue Kriegsgewinnsteuer kommen, die die Kriegsgewinne ersetzen soll, die nach der ersten entstanden sind. Das ist gewiß eine Absicht, die auch wir begrüßen können. Aber sie muß von vornherein mit dem Gedanken verbunden werden, nicht nur die Kriegsgewinnsteuern und ähnliche Wirtschaftsvorgänge bei ihren Kriegsgewinnen zu fassen, sondern auch die einzelnen privaten Kapitalisten, deren Kriegsgewinne verhältnismäßig noch größer sind, genau so zu beuern. Inwiefern muß darauf gedrungen werden, die Erbschaftsteuern auszubauen, weil gerade der Krieg eine besondere Vermehrung ihres Ertrages durch den reichen und starken Ueberschuß der Erbschaften erwarten läßt.

Wenn man das Steuerprogramm im ganzen ansieht, so macht es keinen sehr erfreulichen Eindruck, und man kann nur wünschen, daß der Reichstag das Uebel in diesen Vorschlägen von vornherein abweist und sich auf den Standpunkt stellt, so ort eine großzügige systematische Steuerpolitik für das Reich einzuleiten.

München 24. Februar. Das Zentrum hat im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Staatssteuerung ersetzt wird, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Erhöhung neuer Einnahmequellen im Reich jeder weitere Eingriff der Reichsregierung auf dem Gebiet der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen vermieden und so den Bundesstaaten die Möglichkeit gegeben werde, auch in Zukunft ihren wünschenden kulturellen Aufgaben gerecht zu werden.

Damit würde natürlich eine gerechte Verteilung der Lasten im Reich entstanden werden, während während

Amerika und England.

Ein Kriegsschiff mit Kindern ist nach Deutschland.

New York, 24. Februar. (Privattelegramm.) „Associated Press“ meldet aus Washington, daß die amtlichen Persönlichkeiten des Staatsdepartements über die Verzögerung Englands in der Beantwortung der letzten amerikanischen Note wegen des Gelehes, betreffend Handel mit dem Feinde und Beschlagnahme der Falschade, befreit sind. Das Londoner Kabinett hat sich für die Beantwortung der Note auf die Note über die Beschlagnahme verpflichtet, habe aber nicht von sich hören lassen über den amerikanischen Protest gegen die Ausdehnung des Gelehes, betreffend den Handel mit dem Feinde, auf amerikanische Firmen.

Dr. von Ach, der Vorsitzende des New Yorker Bürgerausschusses für Marinarückführungen, forderte den Staatssekretär Daniels auf, ein Kriegsschiff nach Deutschland mit Kindern zu schicken. Dr. von Ach erinnerte Daniels daran, daß der Kohlendampfer „Cleveland“ auf dem Wege nach Neapel eine Ladung ungeführter Vögel von Alexandria nach Valparaiso geführt habe, und beschwor ein ähnliches Abkommen für die Milchverfälschung nach Deutschland. Dr. von Ach erhielt die Antwort, daß Frankreich Einspruch gegen die menschenfreundliche Unternehmung der Vereinigten Staaten, an Deutschland Kindern zu liefern, erhoben habe und daß es unmöglich für die Marine sein würde, ein Schiff nach Deutschland zu senden, wofür Frankreich seine Einwände nicht zurückziehe.

Griechenlands Notlage.

Athen, 24. Februar. In der Kammer interpellierte Telephidis über die Verhaltung des österreichisch-ungarischen Botschafters in Chios, in den schärfsten Worten warf er den Ententemächten vor, daß sie alle göttlichen und menschlichen Gesetze verstoßen, und forderte energische Maßnahmen der Regierung.

Ministerpräsident Skulafis erwiderte, daß die Regierung die Empörung des Abgeordneten Telephidis vollkommen ablehne. Der von ihm geäußerte Vorfall sei aber nur ein neues Glied einer langen — er wolle nicht sagen — endlosen Reihe ähnlicher Liebergriffe. Die Regierung könne unglücklicherweise nichts anderes tun, als in jedem einzelnen Falle mit aller Energie Protest zu erheben und die Freilassung des Verhafteten zu verlangen, ob nun diese Einheimische seien oder Fremde, die ein Recht auf Griechenland's Gastfreundschaft haben. In Chios seien auch hellenische Staatsangehörige verhaftet worden. Leider muß ich konstatieren, daß alle erhobenen Proteste mit ganz kleinen Ausnahmen nicht den Erfolg gehabt haben, den sie mit Rücksicht auf das gute Recht Griechenlands hätten haben müssen.

Berlin, 24. Februar. Der nach Athen entsandte Berichtshaber des „Berliner Tageblatt“, Emil Ludwig, hatte eine Unterredung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Skulafis, über die er seiner Zeitung aus Athen unter anderem folgendes berichtet:

Der Ministerpräsident, der wegen seiner jüngsten Erklärungen über die von der Entente geäußerte Meinung über die griechische Notlage, welche er die leidenschaftlichste Rede des Abgeordneten von Korymbos gütig zurückgewiesen hat, erstens nur heute in einer längeren Unterredung die Grundlege seiner politischen Prognose für die nächste Entwicklung. Wir können und werden, begann Skulafis, unsere Politik der Neutralität keineswegs ändern. Niemand wird uns zu zwingen können, sie aufzuheben. Nichtig ist, daß vor einigen Wochen Versuche gemacht wurden, damals verwarf die Entente die von dem 1. und 10. Januar unserer Seite, die griechische Not durch Auslieferung zur Empörung gegen die Regierung zu bewegen. Sie schien uns auf dreifache Weise überheblich und unangenehm, von Gemüthen und von Früchten des Landes zu leben. Aber das Votum, erlaubten Sie, daß ich dies als Grieche laut sage, hielt sich wahrhaftig nicht, wurde niemand und von niemanden kamen Anzeichen, daß man Herrn Skulafis mit Gewalt wieder berufen wolle, der dann den König auf die Seite der Entente hätte ziehen sollen. Dabei kamen zugleich herumgehende Nachrichten, daß die Entente auf den Inseln Lesbos, Samos und Chios, die angeblich deutsche U-Boote unterstützten. So entstand die Furcht vor Landungen in Chios. Damals aber hatten die Ententemächte gesehen, daß eben nicht nur die Armeen, sondern das Volk selbst zum größten Teil unsere Politik billigte. Seitdem haben sie uns nicht mehr gequält. Seit vierzehn Tagen beschaffen sie das Prinzip der Neutralität, stellen alle neutralen Seeschiffe, auch Spanier und Portugiesen usw. auf gewisse Nationen. Mit dieser Politik können auch wir glücklich leben.

Vor einem Jahre.

25. Februar: Fehn feindliche Panzerschiffe beschlehen die Dardanellenforts. Erfolgreiche russische Angriffe in den Karpaten im Dobruja-Gebiet sowie bei Belgorod.

Aus aller Welt.

Was auf dem Lande üblich ist.

Vor dem Moskauer Schöffengericht hat sich ein Dienstmädchen verklagt. Er habe gegen einen Strafbescheid in Höhe von 10 Rubel Widerstand erhoben. Die Strafe war aufgehoben, weil der Anwalt ohne Grund seine Erklärung bei dem Richter Peter Kirs in Anwesenheit verlassen habe. Der Anwalt machte geltend, daß sein Klient ihn eines Morgens, als er zu lange schlief, aus dem Bett auf die Stühle die seiner Schlafkammer gerissen habe, so daß er sich beim Aufstehen auf die Steinplatte und auf die Nase verletzete. Wegen dieser Mißhandlung habe er einen Rechtsgrund zum Verlassen des Hauses gehabt. Der Richter Kirs gab keine Erklärung, daß er allerdings an dem betreffenden Morgen das Unterkleid wie beim Angeklagten darauf aus der Bettstelle „gezogen“ habe, ob der Angeklagte sich dabei verletzt habe, wisse er nicht. Das Gericht erließ in seinem Urteil die in der Strafvorlesung auf 10 Rubel festgesetzte Geldstrafe auf fünfzig Rubel. Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht eine Mißhandlung des Angeklagten durch den Dienstmädchen in dem Voraussetzen aus dem Bett nicht gesehen habe. Die Handlung des Dienstmädchens entspräche der Hebelkeit; man müsse dem Dienstmädchen auch durchaus das Recht zusprechen, herbe Mittel anzuwenden, wenn ein Dienstmädchen nicht rechtzeitig aus dem Bett komme.

Dem Rechtsanwender mehr befohlen hätte es, wenn das Gericht verurteilt hätte, daß der Bruch solcher Strafvorlesung mehr sei, als die Befolgung. Wie auch das Landgericht des Anwalt's Strafanwalt bestrafen?

Bei lebendigem Leibe verbrannt ist die Frau des Bergmanns Jung in Neue Grube (Glatz). Als Frau Jung eine mit Petroleum gefüllte Lampe anzünden wollte, explodierte diese plötzlich aus noch nicht festgestellter Ursache. Die Flamme erlosch die Kleider der Frau und legte sie in Flammen. An ganzen Körper verbrannt, lag sie im Tode, was

36 Kräfte der Ministerpräsidenten nun, ob sich diese Stimmung nach dem Fall von Saloniki ändern könnte?

„Sie glauben also an eine baldige Offensive“, wandte der Minister feierlich ein. „Auch wir hoffen alle darauf. Je schneller, desto besser. Wollen Sie“, sagte er lebhaft hinzu, „daß die Besetzung Saloniki durch die Fremden wie ein Alpdruck auch auf jedem Griechen liegt?“

Und dann, fragte ich, wird die Entente an keinem anderen Punkte landen, um den schlechtesten Einbruch zu vermeiden?

„Wahrscheinlich auf einer unserer Inseln, um sich zunächst zu sichern“, sagte der Minister. „Selbstversteht sich auf dem Festland. Ihr alter Vorwand, Serbien, ist weggefallen.“

Frankfurt a. M., 24. Februar. Aus Athen wird amtlich gemeldet, daß Skulafis die Antwort des griechischen Kabinetts auf die letzte Gesandtennote der Ententemächte dem englischen Gesandten überreichte habe. Die griechische Regierung wolle darauf hin, daß die für die Befreiung in Aussicht genommenen Punkte von keinem Nutzen für die Entente sein können, während ihre Befreiung Griechenland sowohl vom politischen als finanziellen Standpunkt in die schwierigste Lage bringe. Namens des Vervorbandes antwortete Sir Elliot, der Verband werde alles aufbieten, um die wirtschaftliche und finanzielle Lage Griechenlands nicht zu stören. Die Entente wolle eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise Griechenlands gestatten und auch der griechischen Handelsflotte größeren Spielraum gewähren. Eine gemischte Truppenabteilung der Entente ist in Patras gelandet.

Ueber den Besuch des Generals Carrall beim Könige Konstantin meldet Emil Ludwig dem „Berliner Tageblatt“. Antritt und Abreise des Generals waren Gegenstand der Neugierde des Publikums, aber ohne die laute Begrüßung, von der die ententemächtl. Blätter reden. Vor dem Hotel, in dem er abblieb, brachten etwa 200 Kavalleriebesitzer besonders die besten Kavallerie auf Frankreich aus. Die Audienz beim Könige dauerte 20 Minuten. Der König pflegte keinen Meinungsaustausch mit Carrall, wie bei, welchen die Entente dem Publikum vorzutragen Carrall's Zweck war, vor dem Könige die Gewalttätigkeit von Kara Burun und Demirhisar zu rechtfertigen. Aus autoritativer Quelle kann berichtet werden, daß der Eindruck der Audienz ungünstig ist.

Die 463. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Kavallerie-Regimenter: Nr. 7, 11, 22, 46, 51, 156, 157; Reserve Nr. 22, 23, 33, 51, 229; Landwehr: Nr. 22, 23, 37, 51; Landwehr-Infanterie-Regimenter 2. Heeresbez. 2. Kammer. — Jäger: Reserve Nr. 6. — Und die

Liste Nr. 7 der aus Frankreich zurückgeführten preussischen Austausch-Gefangenen.

Schießen und Wajen.

Neichenbach, 25. Februar. Der geschichtl. recht. Aus hiesiger Stadt wird berichtet: Eine Wüstbeißersfrau aus Neichenbach, die schon lange von Unwille regiert ihren hohen Vetter- und Verwandten erregt hatte, machte vor einigen Tagen die Entdeckung, daß ihr drei große Eier Butter stiehlt geworden waren. Sie hatte es sich schon so schön ausgedacht, die Butter später, wenn sie noch teurer geworden ist, zu verkaufen, und nun dieser große Schaden. Schlimmt! fuhr sie mit dieser schlechten Butter zum Servierknecht nach Neichenbach, welcher jedoch nicht nur die Annahme verweigerte, sondern von dem Falle auch Anzeige erstattete.

Sungau, 25. Februar. Selbstmord eines Berliner in Schlefien. Der bei einer hiesigen Firma beschäftigte 40jährige Bildhauer Konrad Linke aus Berlin hat in seiner Wohnung durch Erhängen Selbstmord verübt. Wahrscheinlich ist der Grund des Selbstmordes darin zu suchen, daß Lindner mit seiner in Berlin wohnenden Frau in Scheidung lebte.

Eiberberg, 25. Februar. Zu Tode gequält. Ein schreckliches Unheil ereignete sich in Lampersdorf in der Kreislichen Mühle. Dem sechs Jahre alten Söhnchen des Besitzers entlockte eine Mundharmonika und fiel hinter die Brüstung der Maschine. Um die Harmonika wieder zu holen, kletterte der Knabe über die Brüstung und ariet dabei in das Getriebe der Maschine, die ihn zu Tode quetschte.

Schweidnitz, 25. Februar. Ein „Mucker“ von Baraeseh. In einer hiesigen Fabrik hat, wie sich jetzt durch einen Zufall herausstellte, ein Werkzeugmeister seit vielen Jahren Unterhaltungen begangen indem er ununterbrochen Manipulationen mit den Lohnzetteln vornahm und die Gelder in überlichem Leben durchbrachte. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Tausend Mark.

Lößnitz, 25. Februar. Die rechten Patrioten. Dreizehn Stellenbesitzer in Neudorf, Kreis Liegnitz, haben unter gütlicher Aufklärung der Bestimmungen Weizen vermahlen und Brotgetreide zu Fütterungszwecken verschrotet lassen und verurteilt. Der Landrat hat ihnen daher das Recht der Selbstverjüngung entzogen und ihre Namen im Kreisblatt veröffentlicht mit dem Hervorheben, daß es auf die Vaterlandsliebe der Bewohner von Neudorf kein günstiges Licht wirft, wenn in derartig erheblichem Umfange diejenigen gesetzlichen Bestimmungen übertreten werden, die aus dem Grunde erlassen wurden, das Durchhalten in wirtschaftlicher Beziehung dem Feinde gegenüber zu verwicklichen.

Koitzsch, 25. Februar. Hohe Holzpreise. Bei der am Montag im Waldhaus abgehaltenen Auf- und Brennholzauktion wurden bei einzelnen Losen weit über 100 Prozent über die Tage geboten und erzielt. Ferner war die Nachfrage bei der Holz- und Stöckelauktion an Ort und Stelle recht lebhaft. Auch hier wurde weit über die Tage geboten.

Polen, 24. Februar. Der jerbische General Sturm ein ehemaliger 46er. Die Verteidigung der albanischen Stadt Durazzo gegen die anrückenden Oesterreicher und Bulgaren, die angeblich durch Serben bewirkt werden soll, leitet nach einer ungarischen Meldung der jerbische General Sturm. Ueber die Persönlichkeit dieses Offiziers, der früher preussischer Offizier war, teilt das „Vollständ.“ mit, daß Sturm früher als Leutnant dem 46. Infanterie-Regiment in Polen angehört und Mitte der sechziger Jahre in die jerbische Armee trat. Seine Mutter wohnte in Görtzig. Auch ein Bruder Sturms stand lange Jahre in jerbischen Diensten; vor etwa zehn Jahren ist er gestorben.

Gleiwitz, 25. Februar. Ausgehobene Diebstahlsliste. Ein überraschendes Ergebnis hatte eine am Montag Nachmittag von unserer Kriminalpolizei bei dem Kaufherrn Jansons auf der Brechtowitzerstraße vorgenommene Hausdurchsuchung. In einem Stab, welcher als Lager für Schuppen diente, fand die Kriminalpolizei ein ganzes Warenlager von Lebens- und Futtermitteln, welche einem hiesigen Kreditur für längere Zeit von seinem Ehegatte, teilweise durch vom Güterboden, gestohlen waren. Ganze Säcke Mehl, Futtermehl, Getreide, Tonnen und Kübel mit Butter, Speck und Fett, Salz und Kartoffeln, welche vom dem Lager des Spektors hergehören, wurden beschlagnahmt und mittels hiesiger Fuhrwerke abgeführt. Wegen fortgesetzter Diebstahle und Hehlerei wurden acht Personen ermittelt, darunter sechs Kaufherrn des Krediturs, die früher bei demselben beschäftigt waren. Eine Anzahl Verhaftungen in dieser heillosen Diebstahls- und Hehlereiangelegenheit hat bereits stattgefunden; es stehen noch weitere Hausdurchsuchungen und Verhaftungen bevor.

Butzen O.S., 25. Februar. Einberufung der Jahrgänge 1893 bis 1896. Oberstädtische Blätter machen bekannt: In der Zeit vom 1. bis 10. März gelangen alle Rekruten der Jahrgänge 1896, 1895, 1894 und 1893, sowie alle als Kriegsverweigerungsgegenstände ausgesprochenen unangegebener Landstumpfpflichtigen, die in den Jahren 1894 bis 1896 geboren, soweit sie nicht zurückgestellt sind, zur Einstellung.

Wiesbaden, 24. Februar. Eine schätzbare Belohnung. Am Montag verlor der hiesige Kaufherrmeister W. aus Bismarckstraße in der hiesigen höchsten Markt die Summe von 1750 Mark. Der dafelbst beschäftigte städtische Arbeiter Robert Manira fand das Geld und gab es dem Marktbesitzer-Inspektor ab, der es sofort dem Besitzer wieder zurückstellte. Da nun der verlorene Betrag wirklich keine Kleinigkeit war, so erhielt denn auch der ehrliche Finder die wirklich „würdevolle“ Belohnung von — 3 Mark; in Wirklichkeit hatte der Finder Anspruch auf 175 Mark.

Die Nachbarn sich über an ammen und das Feuer zu erlöchen suchten. Die Unglückliche hatte bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie nach kurzer Zeit starb.

Dampfmühl-Brand. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: In der Nacht zu Donnerstag 23. u. 24. Februar ist in einem Getreidespeicher der Dammendamer Dampf- und Wassermühle ein Brand ausgebrochen, der trotz des starken Sturmes auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Weit über 1000 Tonne Getreide, wovon indessen ein großer Teil für Viehfutter wird Verwendung finden können. Die Ermittlungen über die Ursache des Feuers sind eingeleitet.

Einsetzung der Bergungsarbeiten beim Lawinenabsturz im Hochalpengebiet. Die Bergungsarbeiten nach den bei der Lawinenkatastrophe im Hochalpengebiet verunglückten und noch nicht geborenen Personen müssen Mittwoch einstellt werden. Der stürmende Regen machte jede Nachforschung nach den noch fehlenden etwa zehn Leuten unmöglich. Bekanntlich dauert es oft Wochen und Monate, bis die Verhüllungen in den zahlreichen Schluchten und Höhlen des Gebirges gefunden werden. Es handelt sich bei der größten Anzahl der Verunglückten um Angehörige einer St-Abteilung, die schon längere Zeit im Hochgebirge ist und aus Mannschaften von Infanterie-Regimentern und einem Landwehr-Regiment besteht.

Schweizer Wälder melden, daß oberhalb des Dorfes Zuoz drei Touristen, und zwar der Bergführer Berret, ein Berner und ein Deutschamerikaner, und beim Dorfe Salan im Kanton Wallis zwei junge Leute von Lawinen verdrückt und getötet wurden. Im Lötschental bei Goppenstein gingen gewaltige Staublawinen nieder.

Geschwaller des Rheins. An der Stelle des Rheins, wo sich das Hochwasser mit großer Gewalt über den im Bingerloch liegenden Schlepplahn „Gottvertrauen“ Bahn bricht, hat das dort stark gegen das Ufer dräuende Wasser die dortige Ufermauer ebenso wie den an ihm entlangführenden Weg auf eine Länge von 10 Metern herausgerissen. Das in der Höhe stehende Wohn- und Bahnhofsgebäude wurde geräumt.

Frage ohne Wasser. Durch Bruch der Dampfboilerleitung des Prager Wasserwerkes ist die Prager Trinkwasserleitung seit Dienstag mittag unterbrochen. Die Wasserleitung ist so groß, daß auch industrielle Betriebe und Bergbauanstalten lokale absperrt werden. An der Verbindung der Schachts wird Tag und Nacht gearbeitet. Nach Mühsamkeit nimmt an den Arbeiten teil.

Eine räthselhafte neue Krankheit. In der letzten Sitzung der L. G. Gesellschaft der Ärzte in Wien berichtet Dr. Sattler über eine neue Art von durch Quallen hervorgerufenen Krankheiten, die durch Heilquellen nachgewiesen wurden und die

liegt in Krankenzustern und Krankenzustern vielfach vorkommen. So waren in einem Krankenzustern in Wien vor kurzem sieben Fälle zu sehen. Auch aus Berlin und Hamburg wird das Auftreten dieser noch unerforschten Krankheit gemeldet, die als Erytem erscheint, bei genauer Betrachtung jedoch abweichende Anzeichen bietet. Man vermutet, daß die Häutung der Erkrankungen auf Gebrauch nasser Umschlüge und in die Länge gezogene Bäder zurückzuführen ist.

Die Frau im Backofen. Ein eigenartiger, durch ein Kind hervorgerufenen Unfall wird aus Krenndorf gemeldet. In dem benachbarten Krenndorf sollte am Sonnabend vortage Woche im Backofen der Wittfrau P. Brot gebacken werden. Die Frau ging gegen Mittag mit ihrer dreijährigen Enkelin ein, um nach dem Feuer zu sehen. Da sie fand, daß die Klappen zu weit nach innen schlugen, so schloß sie die Klappen ein, um das Feuer zu regulieren. Als das kleine Mädchen die Großmutter im Backofen verschwinden sah, schlug es die Thüre zu und ging dann vergnügt zu ihrer Mutter ins Dorf. Um dertelben zu erzählen, daß sie die Großmutter im Backofen eingesperrt habe. Die Frau ernte nun sofort zu der Unglückseligen, extremenweise kam sie noch nicht zu spät. Wohl war die alte Frau unter dem Rauch und der Hitze ohnmächtig geworden doch hofft man, daß die P. dem Leben erhalten bleiben wird.

Edmüller-Fridt. Dieser Tage reiste eine holländische Krankenpflegerin aus Deutschland nach Holland zurück. Unterwegs machte sie die Bekanntschaft einer anderen Krankenpflegerin, die vorgab, beim Deutschen Kreuz in Osnabrück gewesen zu sein; sie habe leider den Arm gebrochen und müsse deshalb heimreisen. Der Arm war denn auch vorchristlich in einem Spitzverband gelehrt. An der deutsch-holländischen Grenze verlangte die Grenzwaache, daß der Verband abgenommen werden solle, woergo sich die Schwester energisch sträubte. Die mittelbeige Holländerin erklärte, der Arm ihrer Kollegin würde dann möglicherweise heil bleiben. Aber es half alles nichts. Der Spitzverband wurde gelöst und daraus kam ein völlig gesunder Arm und ungeachtet achtzig Jahre zum Vorschein. Die Frau war natürlich keine Krankenpflegerin, sondern eine gefährliche Schwindlerin.

77 lebende Kaspisommer. Die Witwe Krage in Wattenfeld (Westf.) konnte an ihrem 92. Geburtstag auf 6 Kinder, 24 Enkel und 38 Urenkel blühen. Sie ist die älteste Bewohnerin der Stadt.

300 weibliche Positionen in Berlin. Anfang Dezember v. J. wurden drei hundert weibliche Positionen veränderungsweise in den Diensten eingestellt. Diese weiblichen Positionen haben sich so gut bewährt, daß immer mehr Frauen angestellt wurden. Deutsches Reich hat bereits auf rund 200 angewachsen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Februar.

Stadtverordnetenversammlung.

Kritischer Tag erster Ordnung. Sturm mit Donnerstößen. Bald links, bald rechts fährt trachend ein Blitz herüber. Die meisten davon schraubert Jupiter Herfchel, der sich in weltkrigerischer Laune befindet; aber auch Herr Brin'e von der Linken und Herr Wolf stehen's nicht feil. Wer zwischen dieses Unwetters geriet, dem erging's übel, das mühte selbst das Oberhaupt der Stadt zu finem Leidwesen erfahren.

Um die ehrwürdige Stätte einer Leichenhalle auf dem Ostwitzer Friedhofe entbrannte der erste hitzige Streit, der sehr wenig an den Frieden des Ortes gemahnte, um welchen diese Redefakten abgefeuert wurden. Es kam soweit, daß nicht nur der vergangene Führer der Rechten, Dr. Reuder, mit schärfster Schärfe gegen den gegenüberigen, Dr. Herfchel sprach, sondern daß der Zentrumsmann Jeron gegen den Zentrumsmann Herfchel sprach und der Zentrumsmann Herfchel andererseits gegen den Zentrumsmann Jeron sprach. Leicht lag das daran, daß Herr Herfchel bei der wichtigen Frage einer Bureauveränderung des alten Heiden Platz herbeizog. War so schon kein Friede unter den Angehörigen derselben Fraktion zu halten, so konnte es nicht ausbleiben, daß der Zwist zwischen politischen Gegnern hell aufleuchtete. Als Stadtverordneter Wolf so im Vorbeigehen Herrn Herfchel als „Hartnäckigen, gestreikten Juristen“ bezeichnete, schien der also Behörde darin das Gegenteil einer Verbeugung zu erklären. Als hätte ein Wolf ein Hirtchen geiffen, fuhr er empor und pfeiferte einen Entrüstungs-bagel mitten in den anderen Redner und sogar in die lauten Rührungen des Präsidenten hinein, um er schließlich energisch um Schutz vor Verhöhnungen ersuchte. Diesen Schutz konnte er allerdings nicht erlangen, stattdessen empfing er in einem hohen Stadium der Beratung einen Ordnungsruf wegen ungebührlicher Rede! Schließlich glitteten sich aber die Wogen, und mit sozialdemokratischer Hilfe legte der Belehigte seine Anwesenheit gegen seinen Fraktionskollegen Jeron durch, daß nämlich ein neuer Entwurf für die Halle vorgelegt werden soll.

Recht kleinlich mußte dieser Teil der Beratung gegenüber der Wichtigkeit der Dinge an, die nun zur Verhandlung kamen — der Lebensmittelfrage. Der Magistrat will zur Abhilfe mancher Mängel auf diesem Gebiete eine Kolonialwaren-Gesellschaft gründen, zu der er die Kolonialwarenhändler, den alten Konsumverein und den „Brotmarkt“ hinzuzieht. Diese Gelegenheit ergreifen die Genossen Schütz und Löbe, um in energischen Worten dem Postulant Ausdruck zu geben, der augenblicklich auf dem Kartoffel-, Butter- und Fleischarmte besteht, und um Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen, die unsere Lehr im Sitzungsräume vorfinden. Allen Beschlüssen und Überlegungen anderer Redner traten unsere Genossen entgegen, indem sie auf die große Wichtigkeit dieser Maßnahmen hinwiesen. Im Anschluß an die Kartoffelmarkt-Schluss zum zweiten Male ein. Herr Stadtverordneter Brin'e erklärte, daß er bei Beschwerden über die Kartoffelverteilung an anderer Stelle vom Oberbürgermeister in höchst unangenehmer Weise behandelt worden sei. Er hat die Straßung in die Höhe empfinden, daß er Reklamationen verlangte und dem Oberbürgermeister empfahl, seine Konsequenzen zu ziehen, wenn er nicht weichen könnte, was er ihm verwarf. Somit wolle er nicht mehr Stadterordneter bleiben. Nach hitzigem Ein und Wider schwebte eine Rede von Ehrenungfrauen, geführt von Herrn Herfchel, durch den Saal, die dem Oberbürgermeister verwehrte, daß er sich nur nicht beunruhigen möge, Herr Brin'e werde schon unrettbar haben. Demgegenüber mußten wir der Wahrheit gemäß feststellen, daß auch andere Mitglieder der Kartoffelaktion — auch Liberale — die Auffassung hatten, der Oberbürgermeister habe im Verein mit dem Oberpräsidialrat Jeron Brin'e etwas zu hart angefaßt. Das schmeide aber war, daß nun Herr Herfchel faßt wie eine Witwe sich erhob und versicherte, er habe sich an der ganzen Kartoffelaktion nicht beteiligen können, weil er — kein Engel ist — so rein — den Bürgerleben nicht stören wolle!

Recht kann man ihm das Wort entfahren, müßt' er's im Dufeln getu bewahren — da hätten die Kartoffelnehmer der geschehen Sitzung schon vor drängen, wie er auf's neue in ein Gewand verwickelt war, und als der Herr Bauernturk sich auf den Tisch schlug, bis ihn der Präsident ein wenig an christliche Nächstenliebe gemahnte.

Obwohl sich die Versammlung ungewöhnlich über den Streitbaren beläuzelt, wird's kaum heilen! Wenn schon Herr Thum, der doch wie ein erfahrener Mann gegenüber dem Laienten Kunde wirkt, dem Magistrat ankündigt, man werde ihm den Bau der Festhalle noch hinter die Rufe halten, was soll man dann von Herrn Herfchel erwarten. Schade, daß man ein so fröhliches Temperament nicht auf Russen und Engländer loslassen kann, doch davon schließt keine Hoffnung zu bestehen. Demnach doch Herr Jeron heute noch in der „Wollschlinge“ seinen Jagdhieb ab.

Aus der geschlossenen Sitzung darf noch folgendes mitgeteilt werden, daß die Gassen für den Rationalen Frauenbienen auf Antrag Böde um 90.000 Mark erhöht wurden, so daß wir der in den letzten Wochen propagierten unrentablen Sparwirtschaft wohl etwas gekrockt werden kann.

Auch wurde der Ankauf von etwa 8000 bulgarischen Schweinen genehmigt, die in einigen Wochen hier ankommen werden und für die 3/4 Millionen Mark ausgegeben werden sollen.

Siedlerbauern-Verordnung.

Stadtv. Jeron (Recht.) berichtet an Stelle des verstorbenen Stadtv. Wugdan über einen Antrag, die auf dem Magistrats-Gebäude 100.000 Mark als Einlage zur Gründung einer Leinwandfabrik in h. S. zu bewilligen, wovon 50.000 Mark sofort eingezahlt werden sollen. Somit sollen an der Gesellschaft noch beteiligt sein die übrigen Kolonialwaren-Großhändler mit 20.000 Mark, der Breslauer Konsumverein mit 90.000 Mark, die Ein- und Verkaufsgesellschaft Breslauer Kolonialwaren-Händler mit 50.000 Mark und der Kolonialwaren-Vertrieb mit

10.000 Mark. Die Gesellschaft ist als Filiale der Zentral-Einzelhandelsbank in Berlin gedacht, wird aber auch selbständig tätig sein, um Nahrungsmittele zu liefern. In mehreren anderen Großstädten sind bereits gleiche Einrichtungen getroffen worden. Der Berichterstatter empfiehlt grundsätzliche Zustimmung und Ueberweisung an den Ausschuss zur näheren Beratung.

Stadtv. Birke: Jeder Tag, den wir veräumen, erhöht die Not. Wir müssen die Einrichtung schnell schaffen. Der Betrag von 100.000 Mark ist über, als notwendig. Die finanziellen Bedenken können auch nicht bestehen, da die Abnehmer die Waren bar bezahlen. Deshalb wäre es zu bedauern, wenn durch Ausschreibung eine Verzögerung auch nur von acht Tagen eintrete. Ich bitte deshalb, die Vorlage möglichst sofort zu genehmigen.

Oberbürgermeister Matting: Sie haben die Möglichkeit selbst anerkannt, dann dürfen Sie sie aber durch eine Ausschreibung nicht so behandeln, als wenn sie nicht dringlich wäre. Wenn er als 100.000 Mark zu betrachten, ist doch auszufüllen. Stadtv. Thum (Recht.) ist nicht gegen die Gesellschaft, bezieht aber, daß aus den 100.000 Mark 200.000 werden könnten.

Oberbürgermeister Matting: Eine Nachschußpflicht kann gegen den Widerbruch des Magistrats nicht bestehen.

Stadtv. Schütz (Soz.): Wir haben mit Freunden von der Vorlage Kenntnis genommen, denn die Not ist groß. Es fehlt an Geld, Fleisch, Kohlen, Brot und nun auch noch an Kartoffeln. Wir können uns den verschiedenen Kommissariaten wegen der Landwirte nicht anschließen, denn sie hat den Rücken gegen uns. Auch das Organisationsamt der Regierung hat sich unzureichend bewährt. Die hieroffene betrug 54 Millionen Tonnen, wovon 15 Millionen zur Ernährung der Bevölkerung nötig sind, und zwar 9 Millionen für die Großstädte. Es ist bedauerlich, daß Regierung und Seereschiffahrtsgesellschaft die Schiffe nicht beschaffen. Man hat die Schiffe, daß nichts fernkommt, doch nur die Einfuhr der Vorräte. Es wäre unweiser eine fortwährende Stoffung nach unten zu lassen. Trotz der hohen Preise bekommen wir schlechte Kartoffeln und sie sind voll von Schmutz. Die Stadt ist in schon an recht vielen Gefährlichkeiten verfallen, aber die Preise sind nur immer höher geworden. Es mag schon sein, daß die Gefährlichkeiten für manche Gasse von Nutzen waren aber nicht für die Verbraucher. Deshalb beschleunigen, das Brotgetreide wäre notwendig, wenn nur die Bestände richtig erfäßt würden. Die Polizei würde nicht aufpassen.

Herr Oberbürgermeister: Der Redner, in Anbetracht der Zeit nur wenig zur Sache zu sprechen.

Stadtv. Schütz (fortfahrend): Wir wissen, wer schuld an der Not ist. Draußen herum man, der Bürgermeister und der Magistrat seien schuld. Die bisherigen Schätzungen waren mangelhaft; nur die Beschlagnahme kann alle vorbandenen Lebensmittel ans Licht bringen. Deshalb bitten wir den Magistrat, der Regierung gegenüber für die Beschlagnahme der Kartoffeln und nur eine Stapelung der Kartoffeln nach unten einzusetzen. Die Stadt sollte aber auch die in ihrem Verwahrsam befindlichen Lebensmittel reicher herausgeben. Es ist immer auf die Bewahrung der Vorräte hinzuwirken. Wie sollte Leben an Unterernährung, was sich bei der heranwachsenden Jugend später für immer fest machen wird.

Herr Oberbürgermeister: Bei den weiteren Beratungen daran zu denken, daß noch viele Vorklagen zu erledigen sind, und deshalb nicht so ausführlich zu werden.

Stadtv. Wohlfahrt (Soz.) begrüßt, daß das Kapital höchstens 1 Prozent Zinsen fringen soll, aber auch für gemeinnützige Zwecke sollte möglichst ein Ueberschuß herausgegeben werden. Er sollte sich etwas sparen, damit wir billige Preise erzielen und die Not vermindern. Zu Herrn Schütz möchte ich sagen, daß er nicht allein für Beschlagnahme ist, sondern wir anderen auch. Geht nicht haben alle, die verstockt waren, die Lage der Allgemeinheit zu bessern.

Stadtv. Feige (lib.): Die hier eroberten Anträge gegen einen ganzen Sand sängen zu weit. Wenn die Preise nach unten gestaffelt würden, dann würden wir leicht Ueberfluß und zum Schluss gerückt haben.

Stadtv. Kaufmann (natlib.) ist für Annahme der Vorlage ohne Kommissariat.

Stadtv. Löbe: Wenn wir bei jedem Schritt über die Straße die Menschen vor den Kartoffeln, den Kartoffelgeschäften, den Fleischern den nach Zeit haben, wenn sie jeden Kartoffelwagen leeren, um am Abend um ein paar Pfund vor dem notwendigen Nahrungsmittele zu erhalten, dann ist es die erste und unabweisliche Pflicht dieser Versammlung, ohne Rücksicht auf ihren sonstigen Veranlassung, zu erwägen was zur Abhilfe des Notstandes geschehen kann. Und da empfehlen wir als sofortige Maßnahmen:

1. Genehmigung zur Abgabe der in den Bägern noch vorhandenen Bestände von Getreide, Reis, Graupen und sonstigen Nahrungsmitteln;
2. Bewahrung eines Zugabe-Preises pro Kopf für die Wochen der Kartoffelknappheit;
3. und zur weiteren Bekämpfung des Notstandes:
 1. Beschlagnahme sämtlicher Kartoffelbörse und
 2. Preisabstufung für die später verlaufene oder verbleibenden Kartoffeln.

Es ist nötig, daß sofort etwas zur Bekämpfung der Not geschieht. Wenn Sie es nicht haben, in welcher Entfernung die Leute sind, die Hunger leiden vor den Geschäften zu haben, und dann ungewisse er Sache nieder nachhaken gehen müssen, werden Sie das selbst nicht beibringen. Wir wissen nicht, daß vor der Regierung gewechselt wird, sondern daß sie energisch auf die Befehle anderer gemacht wird. In anderen Städten ist es schon zu 1 können Entlassungen genommen. Es werden nicht werden, daß sich das sei uns sehr erhebt. (Beifall)

Oberbürgermeister Matting: Der Magistrat beschloß, den die in diesen ausführlich Ausdruck zu geben, die Regierung hat inzwischen aber bereits durch den Herrn Oberbürgermeister Kenntnis von den Klagen erlangt. Am nächsten Sonntag wird eine Sitzung der Landräte und der Verände der Landwirte, Kaufmann hatzünden und dann werden wir weiter klären können.

Stadtv. Birke: Ich möchte mitteilen, daß demnach 2500 Zentner Weizenmehl in Notlage geordnet werden. Aber auch von den Getreidevorräten werden wir kleinere Mengen gegen Waren herausgeben. In den nächsten Tagen gibt es Schmalz in den Klappbüchern, ich ermunere. Die Stadt hat vor 14 Tagen 250 Zentner angeschafft, aber erst 6 bis 7 Zentner abgeben können. Eine gleiche Zeitung hat den Preis von 68 Pf. für das Pfund montiert und behauptet, in Privatgeschäften sei man um ein bis 53 Pf. sehr hochpreisig, was das nicht, denn wenn die Stadt den Tisch vor dem Verkauf auch erst zwei Tage zu versetzen würde, dann würden aus einem Pfunde mehr als 300.

Stadtv. Brinke: Ich habe in der Session II deutlich das Gefühl ausgesprochen, wie die Stadtv. Schütz und Löbe. Es sei ihm der Oberbürgermeister empört und mit verletzenden Ausdrücken entgegengetreten. Die Versammlung möge urteilen, wer recht habe, und er oder der Oberbürgermeister 6 Stunden darauf in einem weiteren Verleihen im Sinne ihrer Konsequenzen zu stehen.

Stadtv. Herfchel: Die politischen Erörterungen können eher nachteilig wirken. Wir können keine Vorwürfe gegen die erheben, von denen wir sehr abhängig sind. Die Zeit wird später kommen, wo wir die heutigen Schwierigkeiten ausführlich döringen können. Den Streit des Herrn Brinke können wir hier nicht entscheiden. Ich war schon dabei, Herrn Brinke zu bitten, damit zurückzukommen. Ich kann nur versichern, daß wir keine Entsch. ungenügend lassen, um die Verhältnisse zu bessern.

Oberbürgermeister Matting: Herr Brinke ist beizogen zu haben. Er habe lediglich seinen Standpunkt dargelegt, daß man kein Recht habe, einen Streit an andere zu werfen, und daß es nicht gut sei, einzelne Entsch. zu verweigern und zu verhehlen.

Stadtv. Herfchel (Recht.): Es liegt kein Anlaß vor, daß der Herr Oberbürgermeister aus den Worten des Herrn Brinke die Konsequenzen zieht.

Stadtv. Brinke (lib.): Ich bleibe dabei, daß die Ausführungen des Oberbürgermeisters persönlich beleidigend gewesen seien.

Stadtv. Hamburger I (lib.) und Feige (lib.) haben die Ausführungen des Oberbürgermeisters nicht als persönlich angefaßt.

Stadtv. Thum (Soz.) will nicht, daß Vorwürfe gegen die Landräte erhoben werden, wie die Stadtv. Schütz und Brinke es getan. Die Landräte hätten eintreten, was sie nur tun konnten, um die Sache richtig zu verfahren.

Stadtv. Brinke (lib.): Ich frage so, wie weit wir damit gekommen sind. Wenn Herr Thum recht hat, daß die Landwirte für Möglichkeiten eintreten, dann gingen wir schämmer Reim entgegen.

Ein Sachverhalt findet seine Mehrheit, worauf die Vorlage des Magistrats angenommen wird.

Einrichtung der Butterkarte.

Stadtv. Scharf (lib.) berichtet über einen Antrag, 20.000 Mark zur Deckung der Unkosten zur Einrichtung der Butterkarte in Breslau zu bewilligen. Nach dem Magistratsantrag wird die Butterkarte eingeführt, wenn die Gewässer behält das mindestens ein Kilogramm Butter pro Woche auf den Kopf der Bevölkerung abgeben werden können, sonst würde die Einführung unterbleiben. Jeder Verbraucher hat dann seine Butter aus einem bestimmten Geschäft zu beziehen, dem die nötige Menge zugewiesen wird.

Die Vorlage wurde ohne Debatte angenommen.

Errichtung einer Begräbniskapelle in Edwig.

Neber die Vorlage, auf dem Ostwitzer Friedhofe eine Begräbniskapelle zu errichten, gibt Stadtv. Bahhorn (lib.) den Ausschussbericht. Der Ausschuss empfiehlt, dem Bau im Prinzip zuzustimmen, sich aber die Zustimmung zu den Bauplänen noch vorzubehalten.

Stadtv. Herfchel (Recht.): Wenn wir die Vorlage grundsätzlich genehmigen, dann sind wir an die 150.000 Mark gebunden, auf die die Halle veranschlagt ist. Wir haben es an der Stelle in Scheitling erlebt, was die grundsätzliche Zustimmung bedeutet. Ich beantrage deshalb, nur dem Preis zuzustimmen und die Kosten für die Ausarbeitung von Entwürfen zu genehmigen.

Stadtv. Bahhorn (lib.): Das Bedürfnis für die Halle ist im Ausschuss einstimmig anerkannt und es ist doch Bedingung, daß uns die Kostenschätzung noch zugehen.

Stadtv. Hanke (lib.) will den Bau bis nach dem Kriege verschoben haben. Das Bedürfnis ist nicht so groß, daß wir jetzt 150.000 Mark bewilligen.

Stadtv. Titzner weiß darauf hin, daß die vorhandene Halle schon längst nicht genügt und daß das Friedhofsende 1,25 Kilometer von ihr entfernt ist. Der Bau einer zweiten Halle ist also dringend nötig.

Stadtv. Riß (lib.): Es ist kein Zweifel, daß wir mit der prinzipiellen Genehmigung die 150.000 Mark mit bewilligen.

Bürgermeister Trentin und Oberbürgermeister Matting verteidigen die Vorlage.

Stadtv. Schütz (Soz.) ist der Ansicht, daß sich eine angemessene Halle für 75.000 Mark herstellen ließe. Nach der Magistratsvorlage komme die hohe Summe von 22 Mark auf den Kubikmeter umbauten Raum.

Stadtv. Jeron (Recht.) ist für den Ausschussantrag, Stadtv. Hamburger I (lib.) dagegen.

Stadtv. Wolf (lib.): Ich wundere mich, daß Herr Herfchel, ein so charakteristischer Jurist (Stadtv. Herfchel) auffahrend: Ich habe das von Ihnen noch nicht behauptet, ich verbitte mir das! Herr Oberbürgermeister: Die Ordnung im Hause wahre ich. Stadtv. Herfchel: Dann bitte ich vor Schutz vor Verleumdungen.) Stadtv. Wolf fortfahrend: Ich habe mein Urteil aus vollster Ueberzeugung ausgesprochen (Heiterkeit), ich kann nicht einsehen, daß der Antrag Herfchel dem Ausschussantrag vorzuziehen ist.

Stadtv. Thum (Soz.) hält die Notwendigkeit des Baues nicht für erwiesen.

Die Stadtv. Feuler (Soz.) und Feige (lib.) sind für den Ausschussantrag. Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag mit 36 von 74 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag Herfchel angenommen.

Der Erwerb von Straßenland vor Kaiser-Wilhelm-Straße 160 (Größe: 578 Quadratmeter; Preis und Entschädigung für die Freilegung: 6936 bzw. 675 M.) wurde zugestimmt.

Der Antrag für den Bau einer Ederbarade auf dem Gelände des Wenzel-Gandekrankenhaus zur Beschäftigung von anstaltungsbedürftigen Kranken wurde um 405 Mark verkehrt.

Nachträglich erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Herr Dr. Dörmann u. Himmelfeld hier die Freilegung von 20 Bayerns Gartengrube aus der Konordiarube zum Preise von 600 Pf. für 50 Kilogramm frei Schlicht- und Mehlhof herbeiführen werden.

Im Hause sind 15 Stellen Räume zu Erwerbzwecken genehmigt worden. Die Jahresmiete beträgt 1650 Mark.

Zur Kartoffelversorgung.

Heut sind auf dem Oberbahnhof nur drei Waggons 800 Zentner, angekommen. Sie wurden den beiden Konsumvereinen und der Genossenschaft der Vorkaufhändler überlassen, während die Markthallen und die städtischen Anstalten aus den Kellern der Stadt mit Kartoffeln versorgt wurden.

Strafandrohung für Kartoffelverweigerung.

Der Magistrat schreibt: Es sind Klagen eingegangen, daß Kartoffelhändler unter wichtigen Vorwänden den Verkauf von Kartoffeln aus ihren Vorräten ablehnen. Der Magistrat ist bisher mit Verwarnungen vorgegangen. Da die Klagen sich wie erhellen, kann diese milde Art nicht fortgesetzt werden und es wird den Kartoffelhändlern und Händlern dringend geraten, dem Publikum, solange Vorräte vorhanden sind, Kartoffeln zu verkaufen, da sonst strenge Bestrafung eintreten würde.

Die Wahlrechtsfrage im Kriege.

Preussisches Abgeordnetenhause.

15. Sitzung. Donnerstag, den 24. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: von Loebell.

Die zweite Lesung des Ges. des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Fleiter (Zentr.)

Bespricht die Notlage des städtischen Grundbesitzes und verlangt Maßnahmen gegen die Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend. Schließlich erklärt er eine scharfe Zensur gegen Kinovorführungen für notwendig.

Minister des Innern v. Loebell:

Die Mängel im Wohlfahrtswesen sind durch die Bundesratsverordnung zum Teil schon beseitigt, die alle Verhältnisse vermeiden sollen. Die zur Kontrolle bestimmten Staatsbehörden werden auch weiter bemüht sein, Missstände zu beseitigen. Die Staatsregierung weiß, daß die großstädtige Kriegsfürsorge der Gemeinden für diese schwere finanzielle Belastung mit sich gebracht hat. Fast überall mußte eine erhebliche Erhöhung der Gemeindesteuern eintreten und eine Herabsetzung wird vor der Hand nicht möglich sein. Dazu kommt, daß der Anleihemarkt den Gemeinden so gut wie verschlossen ist angesichts des starken Anleihebedarfs von Reich und Staat. Wir haben daher den Gemeinden auf anderen Wegen Erleichterungen einräumt und untersuchen gegenwärtig, ob die Erleichterung weiterer Steuerquellen für die Gemeinden möglich ist. Natürlich müssen die Gemeinden auch ihrer eits haften.

Die Provinzialverbände haben gleichfalls Kriegsfürsorge in großzügiger Weise betrieben. Das Zusammenarbeiten mit den Militärbehörden ist überall in glücklichster Form gesezt. Unsere Sparkassen haben während des Krieges eine geradezu glänzende Entwicklung genommen.

Die Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend ist in der Tat eine Gefahr, der vorgebeugt werden muß. Anordnungen wie die des Verfalls von Branntwein an Jünglinge verorten ist nicht nur zu befrachten. Die öffentlichen Vergnügungen müssen während des Krieges gewissen Beschränkungen unterliegen, ihr Verbot ist aus Rücksicht auf große Erwerbsstände nicht anständig. Im allgemeinen hat die Polizei immer den richtigen Ausgleich gefunden. Öffentliche Landlustbarkeiten sind verboten, fährlich anständige oder das Empfinden der Bevölkerung verletzende Dichtungen werden streng zensuriert. Die Volksstunde findet stiller statt.

Alledings können nicht nur ausschließlich ernste Darstellungen zugelassen werden, aber Freivolitäten, Gedächtnisreden, Poesie, Feste, Beschränkungen der Feinde und Verkündigungen der Neutralen sind verboten. Das durchschnittliche Verhalten der Bevölkerung, auch in Berlin, entspricht würdevoll den Zeitumständen. Der kirchliche Sinn zeigt sich in erhöhtem Maße, die Berufsarbeit vollzieht sich ruhig und friedlich. Die Berliner Anstalten sind in bester Ordnung, die Kellereien zum großen Teil durch Vermittlung der Hausfrauen in ihre Heimat gebracht. Von Kriegsbegonnen bis Jahresabschluss 1915 sind in Berlin 81 Städte verboten worden. Immerhin kann ein Blick auf einen Berliner Theater mit seinen hohen Eintrittspreisen noch zulässig sein, während es an billigen Provinzialtheatern nicht gebildet werden kann. Die Hauptsache ist, daß das Publikum sich Stille, die mit dem Ernst der Zeit nicht übereinstimmen, selbst vermeide und meide. Den Geschmack kann nicht die Polizei heben, hier muß sich das Publikum selbst erziehen. (Zustimmung.) Schlechte Kinovorführungen werden nach Möglichkeit verhindert, aber es gibt auch recht gute. Wir erhoffen eine Besserung der Zukunft von der rechtsgesetzlichen Einführung der Konzessionspflicht der Kinos. (Beifall.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

Gegen die Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend muß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden, allerdings dürfen alle Verschärfungen nur vorübergehende Kriegsmaßnahmen sein. Wie das Publikum die Aufführung unpassender Stücke verhindern soll, hat uns der Minister nicht sagen können.

Abg. Tafel (Volksp.):

Die Gemeindesteuern betragen schon jetzt im Durchschnitt 216 Prozent. Wenn den Städten Anlagen auch in Zukunft verboten werden sollen, so müßten sehr notwendige und nützliche Ausgaben unterbleiben. Daher müssen den Gemeinden weitere Einnahmequellen eröffnet werden. Für jeden Fall muß das nach dem Kriege durch ein neues Komunalabgabengesetz gesichert werden. Es ist am besten, wenn die Gemeinden in Zukunft die Möglichkeit erhalten, auf keine Fall aber darf sie bei der Sozialen Fürsorge der Städte nicht geistigt werden. (Zustimmung.) Den Ausschüssen des Ministers in Bezug auf die Beschränkung öffentlicher Lustbarkeiten kann ich im allgemeinen zustimmen. In Kinos wird übrigens auch viel Gutes geboten. Nicht berechtigt ist es, wenn Generalissimo warden sich in Stadtverordnetenwahlen einmischen. — Die städtischen Summen für die Kriegsmohndpflege zahlen, um sich Kellern zu machen, wie Herr v. Vandenhelm meinte, dürfte nur sehr vereinzelt vorkommen sein. — Ein besonders großes Verdienst haben sich unsere Frauen und Mädchen in diesem Kriege erworben in der Fürsorge für die zurückgebliebenen Kinder und Frauen unserer Krieger. In vielen den Organisationen haben sie Musterrollen geleistet. Im Frieden werden aus diesen Leistungen Folgerungen zu ziehen sein, auf die ich heute nicht eingehen will. Wenn dereinst wieder scharfe politische Kämpfe geführt werden müssen, wird man hoffentlich daran denken, daß in dieser ersten Zeit alle Volksgenossen ihr Bestes für die Zukunft des Vaterlandes hingeben haben. Das muß dazu führen, daß inner- und äußerliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten eingeräumt wird. (Lebh. Beif. links.)

Abg. Paul Hoffmann (Soz.):

Der Redner sprach zuerst von der Gleichberechtigung aller Volksgenossen. Bei Ausbruch des Krieges haben wir ja auch die Pflicht gehabt, daß von nun an die Sozialdemokratie gleichberechtigt sein soll mit den bürgerlichen Parteien. Soweit hier und da Abänderungen in dieser Richtung stattgefunden haben, ist das nicht aus Anerkennung dieser Gleichberechtigung geschienen, sondern weil es die Zeitumstände erforderten. Den nachgeordneten Behörden fällt es jedenfalls vielfach noch sehr schwer, von ihrer früheren Praxis abzusehen. So wurde

in Schlesien ein freies Gewerkschaftsstatut

mit seiner Hilfe, an der Verteilung einer bestimmten Summe für Wohlfahrtszwecke mitwirken zu können, vom Landrat abgewiesen mit der Bemerkung, es könne nicht als politisch einwandfrei gelten. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein anderer Arbeiterverein aber, der zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet war, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wurde an der Verteilung des Geldes beteiligt. (Hört, hört!) Im Kreise der Arbeiter wurden zwei zu Abgeordneten gewählte Sozialdemokraten vom Landrat gefragt, ob sie zur Minderheit oder Mehrheit in der Sozialdemokratie gehörten. Als Vertreter der Minderheit würden sie keinesfalls beschäftigt werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Dem Vize, das die Vertreter der Polizei spenden haben, können wir uns nicht anschließen. Bei dem Andrang zu den Futterläden geht die Polizei oft sehr rücksichtslos vor. Leute, die sich willkürlich ihren Ungehorsam zeigen, wird mit Schussfistri getraut. Ich kann nicht annehmen, daß die Polizei darin im Auftrage der Generalkommandos handelt.

Mit der in dem Umfange gar nicht berechtigten Furcht vor der Verwahrlosung der Jugend befreit man alle möglichen Maßnahmen, um die Bewegungsfreiheit der Jugend einzuschränken. In Steettin hat man allen jungen Leuten unter 18 Jahren den Besuch von Gasthäusern und Kinos verboten. Im Falle können sich solche jungen Leute das Eisenerz Kreuz verdienen, hier werden sie in jeder Weise bevormundet. Es wird überhaupt viel zu viel polizeilich reglementiert. Im Kreise Altona hat der Landrat einfach bestimmt, daß der Höchsthoh Lohn für Landarbeiter drei Mark nicht überschreiten dürfe. Wenig weniger gezahlt wird, interessiert ihn nicht. Der Landwirt, der mehr bezahlt, wird mit drei Tagen Haft bedroht. Nun, dieses Bestreben wegen wird sicher kein Tag Haft abgesehen sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Molinow beschwor neulich die Arbeitgeber, wenigstens im Kriege ihren Herrenanspruch aufzugeben und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter bei Lohnstreitigkeiten anzuerkennen. Bei der

Alliengewerkschaft Schließliche Zeitwörter

wo Löhne von 12 bis 15 Mark bezahlt werden, verlangten die Arbeiter eine Lohnerhöhung. Mit Hilfe der Gewerkschaft war es ihnen gelungen, sie zu erreichen. Daraufhin teilte die Firma den Gewerkschaftsvertretern mit, daß sie sie nicht als berufene Vertreter der Arbeiter anerkennen könne, sondern nur mit ihren Leuten selbst verhandeln, und daß sie gegen den Verband Anzeige bei der Militärbehörde machen werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei beträgt der Reingehalt der Gewerkschaft über 1 1/2 Millionen. Und eine solche Gewerkschaft erlaubt sich, die Militärbehörde anzurufen, um sich von den Forderungen der Arbeiter zu lösen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch in diesem Jahre sind wieder 300 000 Mark für den Geheimfonds in den Etat eingestellt. Ich frage den Minister, ob auch in der Folge

ein ganzes Heer von Spiegeln

aus diesem Fonds unterhalten werden soll, und ob nicht auch auf diesem Gebiet eine Neuorientierung nötig wäre. Von dieser sogenannten Neuorientierung wird sehr viel Reiz gemacht, aber man sollte uns doch zunächst einmal die Grundlinien dieser Neuorientierung näher darlegen. Vielleicht hat man nur davon gesprochen, um die Leistungen des Volkes noch mehr zu steigern. Von jeder hat das Volk nur als Amboß gebildet. Nun in der Stunde der Gefahr ist angeblich plötzlich die Erleuchtung gekommen, daß man das Volk verkannt hat. Wird man sich dessen auch in der Stunde des Wohlergehens noch erinnern? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich glaube nicht recht an diese Erleuchtung, sonst hätten hier schon längst die Taten folgen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diejenigen, die dem Volke keine Rechte gewähren wollen, hängen sich heute auf den Fingerringen; alle Fragen, die ihnen unangenehm sind, wo sie Farbe bekennen sollen, sehen sie als Störung des Fortschritts an. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Zeichen des Bürgerfriedens bereitet der Minister im geheimen die Wahlen vor im Interesse der rechtsstehenden Parteien, auf Kosten des Staates. Die Regierung benutzt in geheimem den Regierungsapparat, um die öffentliche Meinung zu forumpieren. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Aufrechterhaltung der Seindeordnung

entspricht nicht mehr der Würde des Volkes. Warum macht man noch immer den Staatsarbeitern und Beamten das Koalitionsrecht illuzorisch. Man hat hier den Frauen großes Lob wegen ihrer Tätigkeit ausgesprochen. Warum verweigert man ihnen dann aber den politischen Einfluß in Staat, Gemeinde und Reich. Gleiche Pflichten erfordern auch gleiche Rechte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unter 18 Millionen Erwerbstätigen in Preußen waren vor dem Kriege 6 Millionen weiblichen Geschlechts und im Kriege hat diese Zahl noch gewaltig zugenommen. Die Frauen zahlen doch ebenso direkt und indirekt Steuern wie die Männer. Da ist es höchste Zeit, daß man ihnen die politischen Rechte nicht mehr vorenthält. Dann komme ich auf das Wahlrecht überhaupt. Diese wichtige Frage wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis sie endgültig im Interesse des Volkes gelöst ist. Herr von Gehdebrand meinte bei der ersten Lesung, Schöndorfs Fehler, Unbequemlichkeiten, die dem Wahlgesez anhaften, könnten ausgeglichen und beseitigt werden. Welche Schöndorfs Fehler und Unbequemlichkeiten hat er damit gemeint? Hat er etwa die Klaffen-einteilung gemeint? Drei Wähler der reichen Bevölkerung haben heute soviel politisches Recht wie 84 der armen Bevölkerung. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ein Krieger, der mit dem Eisernen Kreuz heimkehrt

und keine wirtschaftlichen Verhältnisse findet vorfindet, wählt in der dritten Klasse ein Dakengebildener, der durch Auswanderungen des Volkes reich geworden ist, — und mer die Rot des Volkes benutzt, um sich die Taschen zu füllen, ist doch sicherlich ein Vaterlandsfeind. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Ist Wähler erster Klasse geworden. Ein größeres politisches Recht gibt es nicht. Oder meint Herr v. Gehdebrand vielleicht die Wahlfreieinteilung? Heute haben Landfreie mit 6000 Wählern dasselbe Recht wie andere Kreise mit 60000 Wählern. Das ist eine ungeheuerliche Verwahrlosung der Junker gegenüber der Industrie. Allen Staatsarbeitern und Beamten ist es unmöglich, ihre Stimme frei abzugeben. Dieses Wahlrecht bedeutet für das Volk einen Stempel und eine unerhörte Vergewaltigung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Thronrede

hat eine organische Fortentwicklung des Wahlgesezes angelagt. Die Konservativen aber setzen diesem Königswort ein glattes Nein gegenüber. Ich bin überzeugt, es wird in der Wahlrechtsfrage erst anders werden, wenn das Volk draußen geseztlich sein Recht fordert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun sind bereits Vorschläge gemacht worden für ein neues Wahlrecht. Von einer Seite wurde ein Familienwählerrecht empfohlen, vielleicht in dem Gedanken, damit dem Geburtenrückgang entgegenzutreten. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärte sich für den Vorschlag, aber nur dann, wenn er auch für das Reich eingeführt werde. Also Beilegung des Reichstagswahlrechts! Das wäre ein glatter Sieg der Reaktion. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist unerhörlich, daß man gerade in dieser Zeit dem Volke mit solchen Vorschlägen kommen kann. Man hat gesagt, das allgemeine Wahlrecht sei das größte Wahlrecht, es gehe nicht an, daß die beschlossene Klasse mit entscheiden könne über das Fortemontale der Reichstags. Aber wer hat den Reichstags das Fortemontale erst gefüllt? Und ist es nicht die große Klasse des Volkes, die den Reichstags heute das Fortemontale füllt? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Herr v. Benin hat geschrieben, die Sozialdemokratie solle sich schämen, in der letzten Zeit eine Wahlreform zu fordern. Aber ein großer Teil der Reichstagsmitglieder schämt sich nicht, in der letzten Zeit das Volk auszuwählen. (Juris recht! Ausnahmen!) Die Extraprofite gehen in die Milliarden! Welcher schreibt er: Das deutsche Volk hänge mit Liebe und Vertrauen an dem jetzigen Wahlrecht. Welcher schreit der Herr diese Reden? Hat er nicht gehört von den Millionenprotesten gegen dieses Wahlrecht? Herr v. Reibitz hat neulich erst erklärt, das jetzige Wahlrecht aufzuheben, sei Unvernunft, der Staat müsse dann zu Grunde gehen. Also die Massen sind gut genug, um Gut und Blut für das Vaterland

bezugeben, aber nicht gut genug, um über die Gesetze des Volkes mitzureden? Die edlen und erlauchten Herren in unserem Reichstags sind so von Gebildetheit gegen die Volksworte erfüllt, daß sie erklären, wenn der Minister wegen solch, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen, sollte

man ihn an dem ersten besten Laternenpfahl anhängen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir verlangen, daß endlich der Wille des Volkes in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. Da gibt es kein anderes Mittel, als die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf den Preussischen Landtag. Die Arbeiterklasse hat es fast, sich noch weiter als Rechtlose und Parasiten behandeln zu lassen. Der Ruf nach dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht wird nach dem Kriege mit Donnerstimme erhoben werden. Wir erwarten, daß dann die Worte von der Neuorientierung nicht nur Schall und Rauch bleiben sollen, sondern daß diese Frage umgehend in Angriff genommen wird und daß dann der neue Landtag zusammenberufen wird unter dem Zeichen des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, des Wahlrechts, das allein der Würde des Volkes entspricht. (Lebhafte und anhaltende Beifall bei den Soz.)

Abg. Frhr. v. Reibitz (freisoz.):

Der Redner hat nicht das Recht, sich als einen Vertreter des deutschen Volkes zu bezeichnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter bei uns als Parasiten behandelt werden. (Juris recht! bei den Soz.) In Wirklichkeit sind die Arbeiter mit allen liberalen Klassen der Bevölkerung gleichberechtigt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeiterklasse hat es fast, sich noch weiter als Rechtlose und Parasiten behandeln zu lassen. Der Ruf nach dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht wird nach dem Kriege mit Donnerstimme erhoben werden. Wir erwarten, daß dann die Worte von der Neuorientierung nicht nur Schall und Rauch bleiben sollen, sondern daß diese Frage umgehend in Angriff genommen wird und daß dann der neue Landtag zusammenberufen wird unter dem Zeichen des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, des Wahlrechts, das allein der Würde des Volkes entspricht. (Lebhafte und anhaltende Beifall bei den Soz.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Mann (Soz.): Ich bedauere, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, die geradezu provokatorischen Ausführungen des Freisoz. v. Reibitz während zurückzuweisen. Wer Stürme des Unwillens in das Volk tragen wollte, hätte es nicht besser als mit solchen Provokationen tun können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es folgt die Debatte über das

Medizinalwesen.

Abg. Dr. Mugdan (Volksp.):

beht die großen Leistungen der Armeeärzte und des Krankenpflegepersonals hervor; dafür dankt man auch bei gegen in geistiger Würdigung der begründeten Ansprüche der Ärzte an Löhne und in der Zuerkennung des Koalitionsrechts an das Krankenpflegepersonal. Der Krieg habe bewiesen, daß die Vorlesung gegen Armuten ein so wichtiges ist, wie die eigentliche Tätigkeit des Arztes. Während in früheren Kriegen den Ärzten mindestens ebensoviel zum Lohne zählten, wie den Gehilfen, in dem Abwesen des Krieges nicht an der Löhne und nicht an den Ärzten, sondern am Gleichgewicht. In der Hoffnung, die unsere Feinde neben der Hoffnung auf Sieg und auf Auslieferung beugen, nämlich die Hoffnung, daß wir mit den Grenzen der Landes und Frankreichs gegenwärtig, ein so geistiger, wie ihre irdischen Hoffnungen. Vielleicht ist die Hoffnung besessenen Auswurf, ob in Deutschland Schulen aufzuerhalten sind, und mit welchem Erfolge sie bekämpft wurden. Der Krieg hat aber auch die Notwendigkeit festgemacht jeder Verbesserung von Bahnerkonstruktionen, die ausschließlich ganz den Bahnerkonstruktionen überlassen werden sollte, wenn auch unter den Fachmännern gewiß tüchtige und erprobte Arbeiter vorhanden sind. Der Geburtenrückgang ist weder auf verminderte Volkskraft, noch auf geringere Geburtenfähigkeit unserer Frauen zurückzuführen, an seiner Verminderung sind aber die von der Kommission verhängten Verbote wenig schuldig. Das öffentliche Leben ist höchster Mühe und Engstirnigkeit; er ist, nachdem wir ihn vergeblich in der Reichsreformungsordnung festgelegt, haben wollten, nämlich durch die Reichsreformungsordnung geschaffen worden, sie muß uns auch im Frieden erhalten bleiben. Von welcher Wichtigkeit ist aber auch die Verbesserung der Wohnverhältnisse; die Arbeiter müssen aber auch bessere Wohnverhältnisse haben können. (Hört, hört! bei den Soz.) Die zweite an der Kommission des Reichstags sind durch den Krieg ein so schmerzhaft, wie er die öffentliche Aufmerksamkeit unserer Landtagsmitglieder und unserer Sozialdemokratie geweckt hat. In Zukunft werden die Verhältnisse der Arbeiter nicht mehr mitleidig im Interesse der Erhaltung und Stärke der Volkswirtschaft. (Lebhafte Beif. links.)

Fortsetzung 11 Uhr. Weiterberandung. Schluss 4 1/2 Uhr.



Wo alles versagt, hilft

„Girna“

50781.

unschätzbliches, überall empfohlenes und auch in allen Fällen glänzend bewährtes Mittel gegen Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hexenschuss, Nervenreiz, Podagra und Harnsteine. — Statt vieler Worte sagen wir: Bei Nichterfolg Geld zurück!

Daher kein Risiko. Preis 12. — die Flasche.

Zu beziehen durch alle Apotheken. — In Bremen stets vorrätig: Nachmarkt-Apothek zum goldenen Hirsch, 1, Ring 44 und Kronen-Apothek, V. Rüdiger-Straße 2. — Verlangen Sie von uns Prospekt mit Dankschreiben und Gratisversandkosten. Stettiner Handelsgesellschaft m. b. H., Stettin 25.

